

Rede zum Kreishaushalt 2017 von Landrat Eberhard Nuß Kreistagssitzung am Freitag, 10. März 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass wir Ihnen auch in diesem Jahr wieder einen Haushaltsplan-Entwurf vorlegen konnten, der getragen ist von unseren seit Jahren definierten und eingehaltenen Prinzipien, nämlich

- Abbau der Verschuldung,
- Verlässlichkeit in der Kreisumlage,
- hohe Investitionen zum Erhalt der Substanz kreiseigener Gebäude und Straßen.

Der Entwurf wurde in den Fraktionen intensiv vorberaten und – wie in den Vorjahren - stand die Spitze unserer Finanzverwaltung für Ihre Beratungen zur Verfügung.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an Herrn Krug und an Herrn Künzig,

- dass sie uns mit wertvollen Beiträgen unterstützt
- und sich Zeit für uns genommen haben.

Der Haushalt 2017 sieht insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 145 Millionen Euro vor. Der Ansatz liegt damit knapp unter dem Volumen des Vorjahres.

Ausgaben für Investitionen sind in Höhe von 15,6 Millionen Euro eingeplant. Dieser Ansatz wiederum liegt ca. 2,5 Millionen Euro über dem des letzten Jahres.

Es konnte eine Senkung der Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte eingeplant werden, mit der Konsequenz, dass der neue Hebesatz glatte 40 %-Punkte betragen könnte.

Der Bezirk Unterfranken hat bekanntermaßen den Hebesatz für seine Bezirksumlage um 0,3 %-Punkte angehoben. Diese Erhöhung können wir aus unseren Einnahmen, v.a. durch die etwas höhere Schlüsselzuweisung kompensieren, so dass sich am Ende die Senkung der Kreisumlage praktisch auf 1,8 %-Punkte summiert.

In absoluten Zahlen sind die Einnahmen aus der Kreisumlage mit 62.8 Millionen € veranschlagt.

Trotz Steigerung der Umlagekraft sind das - nach der Senkung des Hebesatzes um 1,5 %-Punkte - in absoluten Zahlen 660.000 Euro weniger als im Vorjahr.

Die Verwaltung hat Ihnen in diesem Jahr erstmalig - zusammen mit dem Entwurf des Haushaltsplans – auch den Entwurf des Vorberichts zum Haushaltsplan des Jahres 2017 übersandt. Daraus konnten Sie sich - auf 16 Seiten zusammengefasst - einen detaillierten Überblick über die Haushaltszahlen verschaffen.

Das erspart Ihnen und mir heute ein nochmaliges Aufzählen von Zahlen.

Lassen Sie mich allgemein etwas zur Ausgangslage des Haushalts 2017 sagen:

- Deutschland befindet sich weiterhin in einer sehr guten wirtschaftlichen Lage.
- Wir verzeichnen auch 2016 wieder eine deutliche Zunahme der Steuerkraft.

Von der Steigerung der Umlagekraft profitiert die gesamte kommunale Familie: die Städte, die Landkreise und die Gemeinden.

Im Landkreis Würzburg ist die Umlagekraft um 2,7 Prozent gestiegen.

Daneben unterstützt der Freistaat Bayern seine Kommunen nach wie vor großzügig.

Wir rechnen aufgrund der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung auch 2017 mit einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen –

- für die Landkreise
- und für die Gemeinden.

Alles in allem, meine Damen und Herren, sind das beste Voraussetzungen für einen guten investiven Haushalt.

Insgesamt sind im Finanzplanungszeitraum, die Haushaltsjahre 2017 bis 2020, Investitionen in Höhe von knapp 63,7 Millionen Euro eingeplant.

Auf ein paar Positionen möchte ich einzeln eingehen.

Für die Sanierung unserer Förderschule,

- die Rupert-Egenberger-Schule
- an ihren Standorten Veitshöchheim und Hönchberg

sind insgesamt 15 Millionen Euro eingeplant, wobei wir mit dieser Zahl vorsichtig umgehen müssen. Es handelt sich bei den 15 Millionen um eine von unserer Verwaltung geschätzten Größe, die sich jederzeit noch ändern kann.

Genauere und verlässliche Kostenberechnungen des Architekten können noch nicht vorgelegt werden, weil

- eine ganz wichtige Grundlage für die genaue Planung
- und damit auch für unsere Entscheidung, ob beide Standorte saniert werden sollen,

noch fehlt.

Wir warten immer noch auf das Raumprogramm der Regierung von Unterfranken, inklusive der notwendigen Räume für die Ganztagesbetreuung.

Erst wenn die Regierung ihr Raumprogramm erstellt hat,

- können wir mit der endgültigen Planung beginnen,
- die dann als Grundlage für unsere weiteren Entscheidungen dient.

Für Investitionszuschüsse an die Wolffskeel-Realschule sind insgesamt 2,4 Millionen Euro vorgesehen. In diesem Betrag ist der Kostenanteil des Landkreises zum Bau des Nordbads enthalten.

Für die Ortsumfahrung Rimpar sind - wie vom Kreistag beschlossen - insgesamt 3 Millionen Euro eingeplant, für den Bau der West- und der Südumfahrung um Rimpar. Für weitere Straßenbaumaßnahmen im Landkreis sind 17,5 Millionen Euro

vorgesehen.

Der Neubau des Bauhofs Giebelstadt, der für die Versorgung der Straßen im südlichen Landkreis zwingend erforderlich ist, schlägt mit 4 Millionen Euro zu Buche.

Hinzu kommen

- Investitionen für die EDV-Ausstattung im Haus,
- Baumaßnahmen am Amtsgebäude,
- und verschiedene Beschaffungen,
 - die für die Aufgabenerfüllung des Landratsamts,
 - aber insbesondere auch der Feuerwehren notwendig sind.

Einen ganz wichtigen Bestandteil der Finanzplanung stellt der Anteil des Landkreises an der Sanierung der Main-Klinik Ochsenfurt dar.

Insgesamt sind im Finanzplanungszeitraum 8,1 Millionen Euro vorgesehen:

- 2,1 Millionen heuer für vorbereitende Maßnahmen
 - z.B. der Abbruch von Schwesternwohnheim und Werkwohngebäude,
 - Ersatzneubau für die Physiotherapie
- und 6 Millionen Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 als Zuschuss zu den ungedeckten Sanierungskosten.

Meine Damen und Herren,

- rechnet man alle diese Ausgaben, die im Finanzplan stehen, zusammen,
- und zieht das Ergebnis von den derzeitigen liquiden Mitteln ab,
- dann stehen dem Landkreis Würzburg
 - bei gleichbleibendem Hebesatz der Kreisumlage von 40 Prozent -
 - am Ende des Finanzplanungszeitraums 2020 noch liquide Mittel in Höhe von
 - 1.4 Millionen € zur Verfügung.

Diese Zahl sollte man sich merken.

Würde man im Haushaltsjahr 2017 die Kreisumlage weiter senken - und wenn´s auch nur ein halber Punkt wäre, und würde man diesen Hebesatz bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums festschreiben, dann hätte schon allein das im Jahre 2020 unweigerlich einen Fehlbetrag in der Finanzplanung zur Folge, was die Regierung von Unterfranken als Aufsichtsbehörde keinesfalls hinnehmen würde.

Um das Veto der Regierung zu umgehen, müssten Änderungen in der Investitionsplanung erfolgen. Sprich: Ausgabenkürzungen. Die spannende Frage ist: wo?

In Bezug auf die Höhe der Kreisumlage habe ich im Kreisausschuss am 20. Februar bemerkt, dass im Haushaltsjahr 2017 im Grunde genommen alles darstellbar ist. Bezogen auf den kompletten Finanzplanungszeitraum trifft diese Aussage schon nicht mehr zu.

Man darf sich nämlich vom augenblicklichen Stand der liquiden Mittel nicht blenden lassen.

Um vernünftig und generationengerecht zu planen,

- sollten wir unseren Blick über den Tellerrand hinaus werfen
- und jetzt schon die kommenden Jahre beachten.

Mit diesem Tellerrand meine ich ganz konkret das Ende des Finanzplanungszeitraums im Haushaltsjahr 2020.

Wir können und dürfen die Jahre danach, die Jahre 2021 und folgende nicht ausblenden, weil wir jetzt schon in Begriff sind, eine gigantische Investition auf dem Weg zu bringen: die Sanierung der Mainklinik Ochsenfurt.

Ich glaube, wir können unsere Augen nicht davor verschließen, dass unser ehrwürdiges, ehemaliges "Kreiskrankenhaus Ochsenfurt" in die Jahre gekommen ist.

Wenn wir es ernst meinen, mit der guten medizinischen Versorgung im ländlichen Raum - und davon gehe ich aus -, wenn wir den Menschen im südlichen Landkreis Würzburg weiterhin ein Krankenhaus mit hoher Qualität anbieten möchten, - und auch davon gehe ich aus -, dann kommen wir an Sanierungsmaßnahmen im größeren Umfang nicht vorbei.

Angesichts der Größe und der Dimension des Bauwerks stellt sich für uns natürlich die Frage: Welchen Zahlen könnten dabei eine Rolle spielen?

Ein kurzer Rückblick:

Im Herbst 2015 war von 2 Millionen Euro die Rede,

- für die Sanierung der Trinkwasserversorgung,
- weil Bakterien in den Leitungen sind, Pseudomonaden.

Im März vergangenen Jahres kam aus dem Kommunalunternehmen ein erstes detailliertes Sanierungskonzept

- mit einem Volumen von ca. 21 Millionen Euro
- und einem Landkreisanteil von etwa 5 Millionen Euro.

Diese Zahlen, so hatte ich damals den Eindruck, haben niemand aus der Bahn geworfen.

Im Herbst 2016 wurde uns die Fortschreibung des Konzepts präsentiert

- mit 50 Millionen
- und einem Landkreisanteil von 15 Millionen Euro.

Es wurde jetzt zwar intensiver diskutiert, aber ein aufmerksamer, sensibler Zuhörer könnte auch bei diesen Zahlen noch von einer gewissen Akzeptanz ausgehen.

Zu Beginn dieses Jahres wurden uns – in der gemeinsamen Sitzung von Kreisausschuss, Verwaltungs- und Aufsichtsrat - konkrete Baupläne vorgestellt, deren Umsetzung vorläufig auf 67,5 Millionen Euro geschätzt wurden.

Diese neue Dimension hat in den Fraktionen ein unüberhörbares Grummeln ausgelöst und v.a. haben mich jetzt auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angesprochen, die das Defizit ja über die Kreisumlage stemmen müssen.

Diese Reaktionen sagen mir: Da könnte jetzt eine Grenze überschritten worden sein.

Kostenschätzung hin – Kostenschätzung her bleiben wir mal bei den 15 Millionen Euro ungedeckte Kosten, die vielen von uns gerade noch akzeptabel erschienen.

Wenn wir uns im Kreistag auf 15 Millionen Landkreisanteil für die Sanierung der Mainklinik Ochsenfurt festlegen würden, dann sieht unsere Rechnung - über den Tellerrand hinaus blickend - folgendermaßen aus:

Von diesen 15 Millionen Euro sind 6 Millionen im Finanzplan bis 2020 ausgewiesen, nur 6 Millionen Euro.

Das heißt:

Wir verschieben jetzt schon, bei dieser Berechnung – und da darf sich an den Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit nichts mehr ändern - 9 Millionen Euro in eine Zeit, in der einige von uns diesem Kreistag nicht mehr angehören werden.

Wenn wir der nachfolgenden Generation geordnete Finanzen hinterlassen möchten – und dazu bin ich fest entschlossen – dann sollten wir gemeinsam das Jahr 2017 nutzen – ab der heutigen Sitzung,

- um entsprechende Strategien zu entwickeln
- die dann bei der Gestaltung künftiger Haushalte auch zu berücksichtigen sind.

Es sind grundsätzlich folgende Szenarien denkbar:

Möglichkeit Nr. 1:

Der Landkreis Würzburg finanziert diese Beträge über Kredite. Wir gehen in die Verschuldung.

Das ist die einfachste Möglichkeit und in der heutigen Situation geradezu verlockend. Meine Einstellung dazu kennen Sie!

Möglichkeit Nr. 2:

Der Landkreis Würzburg bleibt sich und seiner Linie treu und geht nicht in die Neuverschuldung. Dann müssten die Einnahmen erhöht werden, was unweigerlich zu einer nicht unerheblichen Erhöhung der Kreisumlage führt.

Wenn wir die Kreisumlage heute über Gebühr senken, werden wir von den jetzt amtierenden Bürgermeistern und Gemeinderäte gelobt.

Spätestens unsere Nachfolger werden verflucht, weil sie die Umlage umso kräftiger erhöhen müssen.

Es sei denn, man will die Sanierung der Klinik nicht. Dann muss man das aber auch sagen!

Möglichkeit Nr. 3:

Nicht wir, sondern das Kommunalunternehmen finanziert diese Kosten über Kredite. Die Finanzierung erfolgt dann über die Abschreibungen und dem Verlustausgleich und landet über Umwege letztlich wieder im Kreishaushalt.

Möglichkeit Nr. 4:

Ein irgendwie gearteter Mix aus all diesen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren,

nehmen wir uns die Lösung dieses Problems als eine der wichtigsten Aufgaben für das Jahr 2017 vor. Unseren Nachfolgern sollten wir diese Hypothek jedenfalls nicht überlassen.

Das war der Hintergrund meines Appells, über den Tellerrand hinausblicken.

Ich bitte Sie nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem vorliegenden Haushalts-Entwurf nach sachlicher Diskussion zuzustimmen und damit ein Signal zu setzen

- für Kontinuität,
- für Verlässlichkeit
- und für Generationengerechtigkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.